

A. Gesetzesinfos

Geschäftsgeheimnisgesetz

Der Bundesrat hat das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/943 zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und (https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0101-0200/0129-19.html?cms_templateQueryString=Entwurf+eines+Gesetzes+zur+Umsetzung+der+Richtlinie+%28EU%29+2016%2F943+zum+Schutz+von+Gesch%C3%A4ftsgeheimnissen+vor+rechtswidrigem+Erwerb+sowie++rechtswidriger+Nutzung+und+Offenlegung&cms_fromSearch=true) Offenlegung verabschiedet.

B. DSGVO

1. Notwendigkeit einer Datenschutzfolgenabschätzung

Das BayLDA hat in einer Blacklist unter anderem für die folgenden Institutionen und Bereiche des Gesundheitswesens die Notwendigkeit einer Datenschutzfolgenabschätzung angemahnt: Krankenhaus • Krebsregister • Rettungsdienst • Big Data im Gesundheitswesen • Biobanken (https://www.datenschutz-bayern.de/datenschutzreform2018/DSFA_Blacklist.pdf, dort S. 5).

2. DSK-Kurzpapier Nr. 20 – Einwilligung nach DSGVO

Die Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder (DSK) hat das Kurzpapier Nr. 20 zur Einwilligung nach DSGVO veröffentlicht (<https://www.bvdnet.de/datenschutzkonferenz-veroeffentlicht-kurzpapier-nr-20-zur-einwilligung-nach-der-ds-gvo/>).

3. Zwangsweise Cookie-Einwilligung auf Webseite verstößt gegen DSGVO

Die niederländische Aufsichtsbehörde hat die zwangsweise Einwilligung in die Cookie-Verwendung als Verstoß gegen die DSGVO gebrandmarkt (<https://autoriteitpersoonsgegevens.nl/nl/nieuws/websites-moeten-toegankelijk-blijven-bij-weigeren-tracking-cookies>) und sich damit der Ansicht der österreichischen Aufsichtsbehörde angeschlossen (<https://www.dr-bahr.com/news/datenschutzbehoerde-oesterreich-zur-freiwilligen-dsgvo-einwilligung-in-die-cookie-verarbeitung.html>).

4. Kein Versand unverschlüsselter Emails mit Patientendaten

Die Datenschutzbehörde in Österreich hat die Patienten-Einwilligung einer Tagesklinik für den unverschlüsselten Email-Versand von Patientenunterlagen mit Beschluss vom 16.11.2018, Az.: DSB-D213.692/0001-DSB/2018 für unwirksam erklärt.

5. Opt-In-Pflicht für Cookie-Einwilligung bei Webseiten

In einem Verfahren vor dem EuGH hat der Generalanwalt des EuGH seine Auffassung dargelegt, dass eine Opt-In-Pflicht für die Einholung einer Cookie-Zustimmung beim Besuch einer Webseite besteht (<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=212023&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5471450>). Sollte das Gericht in diesem Sinne urteilen – wovon auszugehen ist – wird die Cookie-Verwendung zukünftig massiv erschwert werden.

6. Orientierungshilfe Telemedien –Cookies und Tracking

Die DSK hat eine Orientierungshilfe der Aufsichtsbehörden für Anbieter von Telemedien (OH Telemedien) veröffentlicht und den Umgang mit Cookies und Tracking definiert (https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/oh/20190405_oh_tmng.pdf).

7. Biometrische Analyse

Die DSK hat ein umfangreiches Positionspapier zur biometrischen Analyse veröffentlicht (https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/oh/20190405_positionspapier-biometrie.pdf).

8. Microsoft verstößt gegen DSGVO

Die niederländische Datenschutzaufsicht hat in einem ausführlichen Prüfungsbericht mehrere schwere Verstöße von Microsoft gegen die Datenschutzgrundverordnung gerügt (<https://www.rijksoverheid.nl/binaries/rijksoverheid/documenten/rapporten/2018/11/07/d-ata-protection-impact-assessment-op-microsoft-office/DPIA+Microsoft+Office+2016+and+365+-+20191105.pdf>).

9. Polnische Aufsichtsbehörde verhängt Bußgeld über 220.000 €

Die polnische Aufsichtsbehörde hat gegen eine Auskunftfei ein Bußgeld in Höhe von 220.000 € verhängt, da diese ihren Informationspflichten nicht angemessen nachgekommen sein soll (<https://uodo.gov.pl/en/553/1009>).

10. Abmahnungswelle wegen fehlender Webseiten-Verschlüsselung

Inzwischen gibt es eine kleine Abmahnwelle der IGD Interessengemeinschaft Datenschutz e. V. wegen fehlender Übertragungsverschlüsselung von Webseiten mit Kontaktformularen (z. B. <https://www.ra-plutte.de/dsgvo-abmahnung-des-igd-interessengemeinschaft-datenschutz-e-v/>).

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Videoüberwachung in Zahnarztpraxis nicht rechtmäßig

Das BVerwG hat mit Urteil vom 27. März 2019, Az.: 6 C 2.18 die Videoüberwachung im Eingang- und Tresenbereich einer Zahnarztpraxis für unzulässig erklärt, da keine Straftatengefahr in einem solchen Bereich erkennbar ist.

2. Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch

Das LAG Baden-Württemberg hat mit Urteil vom 20.12.2018, Az.: 17 Sa 11/18) den Autohersteller Daimler-Benz zu einer sehr umfassenden Auskunftserteilung nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO und einer Datenkopie iSv Art. 15 Abs. 3 DSGVO verurteilt. Betroffen von diesem Auskunftsersuchen einer gekündigten hochrangigen Führungskraft waren auch persönliche Leistungs- und Verhaltensdaten. Der Landesdatenschutzbeauftragte von Baden-Württemberg Stefan Brink sieht nun das Potential für eine Klagewelle.

Eine Erläuterung zum Thema gibt es hier: <https://www.com-magazin.de/praxis/datenschutz/mitarbeiter-dank-dsgvo-recht-auskunft-1685625.html>

3. Auskunftsanspruch im Arbeitsverhältnis

In einem Arbeitsverhältnis besteht ein Auskunftsanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber aus Art. 15 Abs. 1 2. HS DSGVO. Von diesem Auskunftsanspruch umfasst sind auch alle personenbezogenen Leistungs- und Verhaltensdaten. Dieser Anspruch kann

zwar grundsätzlich gemäß § 34 Abs.1 BDSG iVm § 29 Abs. 1 S. 2 BDSG wegen entgegenstehenden Interessen Dritter ausgeschlossen oder beschränkt sein. Der Schutz von Hinweisgebern als allgemeiner Grund ist dafür jedoch nicht ausreichend. Auch die Befürchtung, dass zukünftige Hinweise durch Mitarbeiter aus Angst vor Repressalien ausbleiben, rechtfertigt eine Anspruchsbeschränkung nicht. Der Arbeitgeber hat diesbezüglich darzulegen, auf welche genauen Informationen (Sachverhalt/Vorfall/Thema in zeitlicher und örtlicher Eingrenzung nebst handelnden Personen) sich das berechnigte Interesse an einer Geheimhaltung bezieht und warum das Geheimhaltungsinteresse bei einer Abwägung im Einzelfall das Auskunftsinteresse des Mitarbeiters überwiegt, so das LAG Stuttgart mit Urteil vom 20.02.2018, Az.: 17 Sa 11/18.

4. Auskunftsanspruch des Betriebsrats bezüglich Sonderzahlungen

Es bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken, den Arbeitgeber für verpflichtet zu halten, dem Betriebsrat Auskunft darüber zu erteilen, an welche Arbeitnehmer mit Ausnahme leitender Angestellter Sonderzahlungen geleistet wurden, so das LAG Hessen, Urteil vom 10.12.2018, Az.: 16 TaBV 130/18.

5. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit eines Ortungssystems im Beschäftigungskontext

Das VG Lüneburg hat mit Teilurteil vom 19.03.2019, Az.: 4 A 12/19 die Zulässigkeit des Einsatzes eines Ortungssystems im Beschäftigungskontext ohne dringlichen Grund als datenschutzrechtlich unzulässig verworfen.

6. Kein Anspruch auf Wiederveröffentlichung einer positiven Jameda-Bewertung

Das LG München I vom 16.04.2019, Az.: 33 O 6880/18 hat die Klage eines Zahnarztes auf Wiederveröffentlichung einer gelöschten positiven Bewertung abgewiesen.

7. Google Datenschutzerklärung in großem Umfang rechtswidrig

Die Datenschutzerklärung von Google ist in großem Umfang rechtswidrig, so das Kammergericht Berlin mit Urteil vom 21.03.2019, Az.: 23 U 266/13.

8. GPS-Ortungssystem im eigenen Fuhrpark ist datenschutzrechtlich unzulässig

Das Verwaltungsgericht Lüneburg hat mit Urteil v. 19.03.2019, Az.: 4 A 12/19 ein GPS-Ortungssystem im eigenen Fuhrpark für datenschutzrechtlich unzulässig erklärt.

D. Sonstiges

1. Patient-Auskunftswunsch

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (HmbBfDI) hat in seinem 27. Tätigkeitsbericht (S. 95) die Aussage getroffen, dass ein elektronisch gestellter Antrag auf Zusendung einer Datenkopie im Sinne von Art. 15 Abs. 3 Satz 1 DS-GVO nicht dadurch erfüllt wird, dass dem Betroffenen die persönliche Aushändigung einer Datenkopie gegen Vorlage des Personalausweises beim mehrere Stunden entfernten Verantwortlichen angeboten wird. Der HmbBfDI wies u.a. darauf hin, dass gem. Art. 12 Abs. 1 DS-GVO Auskünfte in „leicht zugänglicher Form“ erteilt werden sollen. Art. 15 Abs. 3 Satz 3 DS-GVO besage, dass bei einem elektronisch gestellten Antrag die begehrten Informationen in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen sind. Auch nach ErwG 63 DS-GVO soll der Verantwortliche den Fernzugang zu einem sicheren System bereitstellen können, der der betroffenen Person direkten Zugang zu ihren personenbezogenen Daten ermöglichen

würde. Da Behandlungsunterlagen wohl nicht mittels unverschlüsselter Email versandt werden dürfen, ergibt sich für Einrichtungen des Gesundheitswesens die Notwendigkeit zur Schaffung einer Download-Plattform mit sicherer Übertragung.

2. Ratgeber Beschäftigtendatenschutz

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BaWü) hat die dritte und überarbeitete Auflage seines Ratgebers zum Beschäftigtendatenschutz online gestellt (<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2019/03/Ratgeber-Besch%C3%A4ftigtendatenschutz.pdf>).

3. 8. Tätigkeitsbericht BayLDA

Das BayLDA hat seinen achten Tätigkeitsbericht für die Jahre 2017/2018 veröffentlicht (https://www.lida.bayern.de/media/baylda_report_08.pdf). Der Bericht enthält eine Vielzahl sehr interessanter und relevanter Themen (z. B. S. 46 – Auskunftsrecht Ärzte; S. 52 bis 60 – Datenschutz im Internet; S. 91 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung in Arztpraxen etc.).

4. 27. Tätigkeitsbericht der Hamburger Datenschutzaufsichtsbehörde

Der HBDI hat seinen 27. Tätigkeitsbericht für das Berichtsjahr 2018 veröffentlicht (https://datenschutz-hamburg.de/assets/pdf/27._Taetigkeitsbericht_Datenschutz_2018_HmbBfDI.pdf).

5. BSI Grundschutz-Kompodium

Das BSI hat das IT-Grundschutz-Kompodium weiter ausgebaut und dient als Prüfgrundlage für eine Zertifizierung nach DIN ISO 27001 (https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/ITGrundschutz/ITGrundschutzKompodium/itgrundschutzKompodium_node.html).

6. Archivierung von Mitarbeiteraufnahmen

Das BayLDA hat die Archivierung von Firmenfotos und Filmen, auf denen Mitarbeiter*innen abgebildet sind, gemäß Art. 6 Abs. 1 Ziff. DSGVO als berechtigtes Interesse des Unternehmens angesehen, für das keine Einwilligung der abgebildeten notwendig ist (Quelle: Frage des GDD-Erfa-Kreises Würzburg an BayLDA).

7. Datenschutz schräg musikalisch

Die Präsentation der Datenschutz-Thematik geht auch ganz anders:
<https://www.youtube.com/watch?v=M-407cLRpZU>.

8. Branchenreport „Cyberrisiken von Ärzten und Apotheken

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) hat einen Sicherheitstest bei Ärzten und Apothekern beauftragt. Das Ergebnis ist ernüchternd, die Untersuchend sehr fahrlässig unterwegs (<https://www.gdv.de/de/medien/aktuell/deutschlands-aerzte-haben-ein-passwort-problem---zugangsdaten-haeufig-im-darknet-zu-finden-45192>).

9. Datenschutz humorvoll

Datenschutz mal nicht ganz so ernst nehmen? Bitte schön:
<https://swrmediathek.de/player.htm?show=aacc2f20-58af-11e9-a7ff-005056a12b4c>

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.